

Bremen-Fonds zum Konjunkturpaket für eine sozial-ökologische Transformation nutzen

Gemeinsame Position der Bremer Landesverbände des BUND und des Paritätischen
10.09.2020

1,2 Milliarden Euro sind im „Bremen-Fonds“ vorgesehen, um die Folgen der Corona-Pandemie für Wirtschaft und Gesellschaft in Bremen und Bremerhaven aufzufangen. Mit vielen jetzt finanzierten Maßnahmen aus dem Bremen-Fonds werden die Weichen für die nächsten Jahre und Jahrzehnte gestellt. Diese Maßnahmen müssen nicht nur wirtschaftspolitisch sinnvoll sein, sondern unter Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens in erster Linie dazu beitragen, Bremen gerechter, gesünder und ökologischer zu machen.

Große Teile der Wirtschaft sind durch die Corona-Pandemie beeinträchtigt worden. Während vielerorts neue Formen der Solidarität und Selbsthilfe entstanden sind und die Politik in ungeahntem Ausmaß und Tempo mehrere Schutzschirme aufgespannt hat, legt die Corona-Krise auch soziale Schwachstellen unserer Gesellschaft offen. Sie betreffen Arbeitsbedingungen und Bezahlung im Gesundheits- und Pflegesystem. Sie betreffen die wachsende soziale Spaltung in unserem Gemeinwesen in Bremen vor, während und nach der Corona-Pandemie.

Zu dieser sozialen Schieflage kommen die Herausforderungen der Klimakrise, die mit COVID 19 nicht verschwunden sind, sondern sich im Gegenteil noch einmal mit verschärfter Dringlichkeit stellen. Durch die Corona-Lockdowns sinkt zwar auch der bremische CO₂-Ausstoß voraussichtlich im Jahr 2020. Dennoch steigt die CO₂-Menge in der Atmosphäre dramatisch weiter an. Derzeit schließt sich das Zeitfenster für eine 1,5 °C Zukunft. Dieses Risiko steigt noch, wenn die nun kommenden öffentlich geförderten Investitionen dies nicht berücksichtigen. Ebenfalls zu berücksichtigen ist die Erhaltung und Verbesserung von städtischem Grün und Stadtnatur, deren Bedeutung für die Gesundheit und Lebensqualität durch den Corona-Virus deutlich geworden ist.

Wir halten fest: Es gibt keinen Raum für Fehlinvestitionen.

In Gesundheit, Pflege, soziale Dienstleistungen, Bildung, erneuerbare Energien, Mobilität im Umweltverbund, klimagerechte Stadtentwicklung und Wohnen als wichtige Bestandteile einer zukunftsorientierten sozial-ökologischen Infrastruktur muss vorrangig investiert werden.

Wir fordern daher, dass der Bremen-Fonds vor allem die sozial-ökologische Infrastruktur als das Fundament der gesellschaftlichen Resilienz stärkt. Nur so können Maßnahmen zugleich wirtschaftlich sinnvoll, sozial ausgleichend und ökologisch wirksam werden. Gleichzeitig muss sichergestellt sein, dass diejenigen, die die Corona-Krise besonders trifft, wirksame Unterstützung erfahren. Nur dann werden die Programme auch die Akzeptanz der Menschen finden.

Unspezifisch auf allgemeine Konsumförderung ausgerichtete Maßnahmen, wie sie teilweise im Konjunkturprogramm der Bundesregierung angelegt sind, sind deshalb abzulehnen, ebenso wie

solche, die eine unreflektierte Rückkehr zum vorherigen Zustand anstreben. In der Corona-Krise sollte auch wesentlich die Chance für eine seit langem anstehende sozial-ökologische Transformation gesehen werden. Investitionen in diese Bereiche können aber auch nicht zuletzt ein wichtiger Jobmotor nach der Krise werden.

Gemeinsam haben bereits die Bundesverbände des BUND und des Paritätischen am 02.06.2020 Anforderungen an ein kurzfristig wirksames Konjunkturpaket veröffentlicht, die den Einstieg in eine sozial-ökologische Transformation skizzieren:

https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Klima/doc/BUND_DerParitaetische_AnforderungenKonjunkturpaket.pdf.

Aufbauend auf die bundespolitischen Forderungen beziehen sich die Bremer Landesverbände des BUND und des Paritätischen in dieser gemeinsamen Position im Wesentlichen auf den Bremen-Fonds, von dem sie sich erwarten, dass er die sozialökologische Neuausrichtung auch in Ergänzung und Ausgleich zu überregionalen Konjunkturprogrammen in besonderem Maß umsetzt.

Der Bremen-Fonds sollte dabei in seiner Ausrichtung die Lösung der Corona-Krise mit der Lösung der Klimakrise verbinden.

(1) **Das Bremer Konjunkturprogramm sollte sozial ausgewogen sein** und insbesondere den Klein- und Mittelstand, regionalen Handel und Handwerk sowie den Non-Profit-Sektor bzw. Soziale Organisationen bei einer klimaneutralen Entwicklung fördern und nachhaltiges Arbeiten und Wirtschaften unterstützen.

(2) **Öffentliches Geld sollte prioritär für Aufgaben eingesetzt werden, die dem Allgemeinwohl und der Daseinsvorsorge dienen** wie eine umweltfreundliche Verkehrsinfrastruktur, die Decarbonisierung der Energieversorgung, die Stärkung des Stadtgrüns und des Boden- und Gewässerschutzes. Investitionen sind konsequent mit dem Instrument des Klimavorbehalts mit Klimaneutralität zu koppeln und vorrangig sind bereits versiegelte Flächen zu nutzen bei einer möglichst geringen Neuversiegelung von Naturflächen.

(3) **Investitionen in nachhaltige Infrastrukturen sollten so gestaltet werden, dass sie die gesellschaftliche Teilhabe in allen Stadtteilen, insbesondere aber in benachteiligten Quartieren stärken.**

Dazu braucht es u.a. einen preisgünstigen und mittelfristig kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr bei deutlich verdichtetem Netz, erhöhter Taktung und modernisiertem, klimaneutral betriebenen Fahrzeugpark. Es bedarf auch der Schaffung von mehr anteiligem Raum für sichere Fuß- und Radverkehre als kostengünstige, dezentrale, emissionsfreie und gesundheitsfördernde Verkehrsarten gerade auch für Kinder, ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen.

(4) **Dezentrale erneuerbare Energieversorgungsstrukturen** sollten auch wegen ihrer gegenüber fossilen Energieträgern unter Pandemie-Bedingungen erhöhten Resilienz gefördert werden. Investitionen in öffentlichen Gebäuden sollten möglichst hohe Klimastandards (Neubau-Ziel Plusenergiestandard) im gesamten Gebäudebestand erreichen. Mittel für energiesparende Gebäudesanierung für Kitas, Schulen, Jugendfreizeitheime und andere öffentliche Gebäude müssen zur Verfügung gestellt werden.

Neben der Energieeinsparung sollte die Nutzung erneuerbarer Energien und insbesondere der Solarenergie um mindestens den Faktor 25 gesteigert werden, und damit einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung von Bremen und Bremerhaven zu Solarcities leisten.

(5) **Zusätzliche Investitionen in Bildung, Pflege und in soziale Dienstleistungen** sind notwendig, um die Lebensqualität und Gesundheit in unserer Gesellschaft auch unter den besonderen Bedingungen von Virus-Pandemien zu stärken und um Arbeitsbedingungen zu verbessern.

(6) **Gutes Wohnen für alle – nicht zulassen, dass sich Menschen arm wohnen**

Hohe Mieten belasten Menschen während der Krise besonders, wenn sie mit Einkommensverlusten durch Jobverlust und Kurzarbeit verbunden sind. Die Erhöhung der öffentlichen Investitionen in den sozialen Wohnungsbau und die Förderung gemeinnützigen Bauens auf hohem energetischem Standard bei gleichzeitiger Stärkung der Stadtnatur bietet die Chance für eine nachhaltigere Bau-Konjunktur bei zugleich großen sozialen Effekten und Entlastung der Haushalte. Die Nutzung vorhandener Instrumente (Förderung von dauerhaft gebundenen Sozialwohnungen, kurzfristige Sicherung von Sozialbindungen durch den Ankauf von Belegrechten) muss verstärkt werden.

(7) **Soziale Spaltung bekämpfen - Quartiere stärken**

Die Corona-Krise hat private Haushalte unterschiedlich getroffen. Oft gehörten die besonders Betroffenen auch vorher schon zu den finanziell und gesellschaftlich Benachteiligten. Häufig wohnen diese Menschen auch in benachteiligten Quartieren. Diese Quartiere und die sozialen Teilhabemöglichkeiten gilt es zu stärken durch niedrighschwellige und gut erreichbare Zugänge zu Bildung, Sport und Kultur und eine deutlich verbesserte Grünversorgung; dies auch in Form von niedrighschwelligem Angeboten zum (gemeinschaftlichen) Eigenanbau von Nahrungsmitteln (Urban Gardening).

(8) **Erschwingliche Bioprodukte für alle**

Die Corona-Krise hat für viele Haushalte wieder die Bedeutung einer guten Lebensmittelversorgung gezeigt und einer nicht-globalisierten regionaleren Produktion. Die regionale Landwirtschaft braucht regionale Märkte für ihre Produkte. Der weitere Aufbau regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen und die weitere Erhöhung des Anteils von Bio-Betrieben können die bremische Landwirtschaft zum Labor für die Agrarwende machen. Lebensmittel aus möglichst ökologischem und klimafreundlichem Anbau und artgerechter Tierhaltung müssen auch für Menschen mit geringem Einkommen erschwinglich sein. Jeder und jede sollte in die Lage versetzt werden, sich nicht nur gesund, sondern auch guten Gewissens zu ernähren. Die Verpflegung in Einrichtungen wie Krankenhäusern, öffentlichen Kantinen und Hochschulmensen sowie in Betriebskantinen sollte auf regionale, vollwertige Produkte möglichst in Bio-Qualität umgestellt werden und damit dem guten Beispiel von Bremer Kitas und Schulmensen folgen.

(9) Bremen hat im Ländervergleich ein ambitioniertes **System der sozial-ökologisch ausgerichteten öffentlichen Beschaffung** auf den Weg gebracht. Es bedarf nun einer Weiterentwicklung und Förderung einer sozial-ökologischen Beschaffung über den öffentlichen Sektor hinaus. Besonders zu berücksichtigen sind dabei die in der Corona-Krise gewonnenen Erkenntnisse über die Neuorientierung von Lieferketten und Förderung regionalerer Produktions- und Logistikstrukturen. Dies reicht von Lebensmitteln über Schutzbekleidung bis hin zur Informationstechnik.